

## **Grußwort Bernd Kölmel für die „Demo für alle“ am 21. März 2015 Stuttgart**

Ich darf Ihnen herzliche Grüße von Bernd Kölmel, Mitglied der Europäischen Parlaments und Sprecher des baden-württembergischen Landesverbandes der Alternative für Deutschland, überbringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

und vor allem liebe Mütter, Väter, Eltern, Großeltern,

im Namen der AfD darf ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie hier so zahlreich erschienen sind, um für die Rechte und das Wohl unserer Kinder zu demonstrieren. Wir stehen fest an Ihrer Seite, Ihr Ziel ist unser Ziel.

Leider verhält es sich mittlerweile so, dass man für auch ganz grundlegende Dinge des Lebens politisch kämpfen muss. Wir von der AfD stehen hinter Ehe und Familie, für den Vorrang der Eltern bei den Entscheidungen zur Erziehung. Wir wollen mitsprechen, wenn grundlegende Weichenstellungen erfolgen. Ich freue mich, dass für dieses Anliegen heute viele Menschen auf die Straße gehen.

Die AfD ist eine Partei des gesunden Menschenverstandes. Umso mehr verwundert uns, was derzeit alles geschieht.

Nicht nur in Baden-Württemberg steht die Welt Kopf, auch im Europaparlament geht es zur Sache: gerade erst wurde der sogenannte „Tarabella-Bericht“ vom Parlament durchgewunken. „Der Tarabella-Bericht ist ein Dokument, das von einem sozialistischen Abgeordneten verfasst wurde und wieder einmal vorsieht, verbindliche Regelungen für die gesamte EU vorzuschreiben und unter anderem Abtreibung als ein Grundrecht, ja als Menschenrecht der Frau propagiert. Mein klares „NEIN“ hierzu! Moralische Fragen können nicht in Brüssel verbindlich durchgewunken werden, ein schlichtes Unding, was hier ohne öffentliche Debatte, ohne Bürgerbeteiligung über die Köpfe der nationalen Parlamente hinweg für jeden europäischen Bürger entschieden wird. Die AfD wird es weder auf europäischer Ebene, noch in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem unserer Bundesländer hinnehmen, dass freie Bürger zur Akzeptanz fragwürdiger Ideologien gezwungen werden.

Leider ist auch von den nationalen Parlamenten nicht viel zu erwarten – wie die grün-rote Regierung derzeit wieder eindrucksvoll beweist. In Hinterzimmern werden Ideologien geschmiedet, welche noch vor der Sommerpause unter dem Label „Akzeptanz & gleiche Rechte“ auch in unserem Landtag beschlossen werden sollen.

Meine Damen und Herren,

es bahnt sich ein Rundumschlag gegen die Familie, gegen die Freiheit und gegen den gesunden Menschenverstand an. Nichts wird verschont bleiben vor dem Minderheitenthema „LSBTTIQ“ und den ideologischen Forderungen, welche von Regierung und LSBTTIQ-Netzwerken geschmiedet werden. Und, so sehr Toleranz für die verschiedene Formen des Zusammenlebens erwünscht ist – wie kann es sein, dass ein solches Minderheitenthema zum Leitbild des gesellschaftlichen Handelns erklärt werden soll. Ist das Leitbild der Gesellschaft nicht die Familie? Wo ist die Meinungsfreiheit geblieben?

In diesem sogenannten „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte“ wird diskutiert über LSBTTIQ-sensible Anpassung von Kinderspielzeug und Büchern. Es wird diskutiert über Diversitybeauftragte für das Thema LSBTTIQ in Kommunen – denn Gleichstellungsreferate und Frauenquote sind noch nicht genug. Es sollen Schulbücher überarbeitet werden, und so

auch noch gleich der vermurkste Bildungsplan 2015 durch die Hintertüre eingeführt werden, es wird von LSBTTIQ-Quoten in den öffentlich-rechtlichen Medien gesprochen und sogar von einem LSBTTIQ-Lehrstuhl. Es sollen Sanktionen eingeführt werden für angeblich transphobe und homophobe Medieninhalte – und zur Überprüfung sollen auch gleich noch Medienbeobachter eingesetzt werden. Und nicht einmal der Duden ist vor dem Aktionsplan sicher.

Meine Damen und Herren, über was wird denn da ohne das Wissen der Bürgerinnen und Bürger dieses Bundeslandes diskutiert? Schon der Bildungsplan hat massive Proteste bewirkt und musste zur Überarbeitung zurückgenommen werden – und jetzt setzt grün-rot noch einen drauf.

Tun Sie alles dafür, dass der Widerstand gegen den diesen Aktionsplan wächst: Erzählen Sie ihrem Nachbarn von dieser Bürgerrechtsbewegung, schreiben Sie Leserbriefe an Zeitungen und wenden Sie sich an Ihren Wahlkreisabgeordneten.

Auch rufe ich alle freiheitlich gesinnten Blogger, Medienvertreter, Journalisten, Multiplikatoren, Vereine, Vereinigungen, Kirchen, religiösen und ethische Vereinigungen, Angehörigen der verschiedenen Glaubensrichtungen und Religionen auf, sich diesen in seinem Ansatz totalitären Aktionsplan entgegenzustellen.

Diese Veranstaltung ist eine „Demo für alle“, bei denen eins plus eins noch zwei ergibt. Wir werden wiederkommen. Gemeinsam werden wir die Pläne von grün-rot verhindern. Spätestens nach der nächsten Landtagswahl 2016.

Herzliche Grüße und besten Dank für Ihren Einsatz!

Ihr Bernd Kölmel